

Zuwanderungsland – die größten Baustellen

Integration. Sprachbarrieren, zu wenig Identifikation mit österreichischen Werten, aber auch zu lange Asylverfahren erschweren das Zusammenleben mit Migranten.

VON BERNHARD ICHNER

Österreich ist ein Einwanderungsland. Allein 2016 wurde eine Nettozuwanderung von rund 113.000 Personen verzeichnet – ein Plus um 1,3 Prozent gegenüber dem Jahr davor. Laut Statistik Austria leben damit aktuell (Stand 1.1.2017) 8.722.865 Menschen in Österreich, davon sind 1.341.930 Ausländer. Und Schätzungen des Integrationsfonds zufolge sind 700.000 der 8,7 Millionen islamischen Glaubens.

Zwischen diesen und den Nicht-Muslimen wird das Zusammenleben am kritischsten bewertet, wie das Integrationsbarometer 2017 des Integrationsfonds ergab. Am zweit-schlechtesten ist die Stimmung zwischen Mehrheitsbevölkerung und Flüchtlingen.

Deutsch lernen

Die Frage, ob der Islam zu Österreich gehört, wurde von den 1000 telefonisch befragten Österreichern eindeutig beantwortet: 76 Prozent stimmen dem nicht zu. Jeweils 80 Prozent waren für strengere Kontrollen in Moscheen und islamischen Kindergärten. Ebenfalls 80 Prozent sprachen sich für ein Vollverschleierungsverbot im öffentlichen Raum aus. Und auch, dass Oberösterreich die Mindestsicherung für Asyl- und Schutzberechtigte von 914 auf 560 Euro kürzte, fanden 72 Prozent der Befragten richtig.

Doch wie kann das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund besser gelingen?

Franz Wolf, Geschäftsführer des Österreichischen Integrationsfonds, sieht vor allem „erbrachte Leistung als Grundvoraussetzung“: „Menschen, die nach Österreich kommen, um hier ihr Leben zu gestalten, müssen möglichst rasch und gut Deutsch lernen; den Einstieg in die Erwerbstätigkeit schaffen, um selbsterhaltungsfähig zu werden; und Grundrechte, wie Freiheit, Demokratie, Menschenrechte oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau respektieren und leben.“



Die Frage, ob der Islam zu Österreich gehört, wurde von den 1000 telefonisch befragten Österreichern eindeutig beantwortet: 76 Prozent stimmen dem nicht zu. Jeweils 80 Prozent waren für strengere Kontrollen in Moscheen und islamischen Kindergärten. Ebenfalls 80 Prozent sprachen sich für ein Vollverschleierungsverbot im öffentlichen Raum aus. Und auch, dass Oberösterreich die Mindestsicherung für Asyl- und Schutzberechtigte von 914 auf 560 Euro kürzte, fanden 72 Prozent der Befragten richtig.

Damit sind aber nicht nur Flüchtlinge und Zuwanderer gemeint. Auch unter bereits hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sprechen viele nicht ausreichend Deutsch, um auf dem Arbeitsmarkt zu reüssieren oder ihren Kindern auf das für die Volksschule erforderliche Sprachniveau vorzubereiten.

„Missverhältnis“

„Mit Mindestsicherung, Familienbeihilfe und diversen Förderungen sehen viele keinen Bedarf, einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten“, meint Wolf. „Das ist ein Missverhältnis – der Staat darf das nicht länger unterstützen. Es muss eine Integrationsnotwendigkeit geschaffen werden – zum Beispiel durch einen leistungsbezogenen Bezug von Sozialleistungen.“

Zudem sei es notwendig, einen modernen und aufgeklärten Islam zu propagieren, sagt Wolf. Liberalen Muslimen müsse der Rücken gestärkt werden. Von der Islamischen Glaubensgemeinschaft würde er sich mehr Unterstützung erwarten – „dies müsste mehr Werbung für Deutsch- und Wertekurse machen“.

Dies würde auch die Zustimmung, ob der Islam zu Österreich gehöre, positiv beeinflussen, so Wolf.

In dieselbe Kerbe schlägt Efgani Dönmez, Ex-Grüner und selbst liberaler Muslim: Solange es der heimischen Politik nicht gelänge, den Einfluss der Herkunftsländer auf „reaktionäre politische Islamverbände“ zu kappen, werde sich nichts ändern.

Sprachförderung nötig

Eine große Herausforderung für die Politik ist auch der Bildungsbereich: Aktuell haben etwa in Wien 50 Prozent aller Schüler nicht Deutsch als Umgangssprache. Das sagt zwar nicht unmittelbar was über deren Sprachkompetenz aus. Ein KURIER-Lokal-augenschein an einer Brigittenauer Volksschule mit 98 Prozent Migrantenanteil zeigt aber, dass einiger Bedarf an Sprachförderung besteht: Von 100 Kindern in der ersten Klasse nehmen 40 spezifische Unterstützungen in Anspruch, weil sie dem Unterricht sonst nicht folgen könnten. Finanziert werden die Maßnahmen vom Bund.

Die Förderangebote sind gerade in Wien breit gefächert, erklärt Patrick Wolf vom Stadtschulrat: Zusätzlich zum klassischen Unterricht und Sprachförderkursen sind „Mobile interkulturelle Teams“ aus Psychologen, Sozialarbeitern und Sozialpädagogen im Einsatz, die die Schulen bei der Kommunikation mit Eltern und Kindern unterstützen. Lehrer für Türkisch, BKS (Bosnisch, Kroatisch, Serbisch) und Arabisch festigen zudem die Sprachkenntnisse der Schüler in deren Muttersprache.

Und die Förderung wird ständig ausgebaut, sagt Bildungsstadtrat Jürgen Czernohorsky (SPÖ). Allein im Vorjahr hat die Stadt Wien 150 Personen für zusätzliche Sprachförderung finanziert. Zudem fordere man vom Finanzminister, „dass Mittel für Sprachförderung nicht weiterhin gedeckelt sein dürfen“.



Experten kritisieren lange Asylverfahren und hoffen auf „sachlichere Debatte“

Integration. Bis zu eineinhalb Jahre warten Asylwerber auf erste Einvernahme / AMS-Chef Kopf fordert Zugang zu Lehrstellenmarkt für Asylwerber unter 30 Jahren

Leben in Sicherheit, Arbeit, eigene vier Wände. „Das ist das, was sich junge Flüchtlinge wünschen“, sagt Klaus Schwertner, Generalsekretär der Caritas Wien. „Arbeit, Bildung, Wohnraum sind auch nach wie vor die gängigsten Probleme in Sachen Flüchtlingsintegration.“ Der KURIER fasst zusammen, in welchen Bereichen es bei der Integration von Flüchtlingen noch am stärksten hakt.

1 Verfahrensdauer

Laut Schwertner sei es „vollkommen klar“, dass

nicht jeder Asylwerber bleiben kann, aber: „Was wir brauchen, sind rasche, qualitätsvolle Asylverfahren.“

Viele Flüchtlinge müssten bis zu 1,5 Jahre auf ihre Ersteinvernahme im Asylverfahren warten. Auch Christoph Riedl, Leiter Flüchtlingsdienstes in der Diakonie, spricht von „ein bis eineinhalb Jahren Wartezeit“.

„Wir haben ein System, in dem Flüchtlinge zum Nichtstun verurteilt werden“, sagt Riedl. Und je länger das Asylverfahren dauere, desto schwieriger werde später die

Integration nach einem positiven Asylbescheid.

2 Arbeitsmarkt

Das Asylverfahren so lange dauern, kritisiert auch AMS-Vorstand Johannes Kopf. „Ich verstehe, dass die Verfahren gründlich gemacht werden müssen, aber dadurch werden die Menschen zu denjenigen, die man bei uns Langzeitarbeitlose nennt.“ Sie verlieren Tagesstruktur, verlieren Qualifikation. Dass Asylwerber mittlerweile Deutschkurse während des Asylverfahrens be-

Baustellen



Experten kritisieren lange Asylverfahren und hoffen auf „sachlichere Debatte“

Integration. Bis zu eineinhalb Jahre warten Asylwerber auf erste Einvernahme / AMS-Chef Kopf fordert Zugang zu Lehrstellenmarkt für Asylwerber unter 30 Jahren

suchen können, bewertet Kopf als positiv. Speziell für junge Flüchtlinge müsse aber mehr getan werden. Konkret fordert Kopf nun, den Zugang zum Lehrstellenmarkt für alle Asylwerber unter 30 Jahren mit hoher Anerkennungsquote, also etwa Syrer, zu öffnen. „Was würde passieren? Sie könnten keine Hilfsarbeiter-Jobs annehmen und hätten während des Verfahrens etwa 300 Euro Einkommen. Wenn sie nach ein oder zwei Jahren Asyl bekommen, sind sie im zweiten Lehrjahr, haben dann bereits

1000 Euro Einkommen und würden die Lehre fertig machen.“ Sie wären qualifiziert und würden Hilfsarbeiter-Jobs nicht den Unqualifizierten wegnehmen. „Integration ist dann nachhaltig, wenn ich eine Berufsausbildung ermöglichen“, sagt Kopf.

3 Wohnraum

Binnen vier Monaten nach dem Auslaufen der Grundversorgung müssen Asylwerber die Grundversorgungsquartiere verlassen und selbst Wohnraum finden. Das ist schwierig:

Flüchtlinge haben kein Geld für Kaution oder Provision, Gemeindeförderungen bleiben ihnen verwehrt, sie sind mit Vorurteilen konfrontiert.

4 Sachlichkeit und Geduld

In einem Punkt sind sich die Experten besonders einig: „Es bräuhete mehr Ehrlichkeit in der Debatte“, sagt Christoph Riedl. „Beim Thema Zusammenleben braucht es einen sachlicheren Diskurs“, appelliert Klaus Schwertner. Und AMS-Chef Kopf sagt: „Integration erfordert Geduld.“ – JULIA SCHRENK

„Man sollte in uns echte Partner sehen, nicht lästige Gutmenschen“

Interview. Die Ärztin Christine Scholten erklärt, wie man gut integriert

Sie hat im Wiener AKH und in ihrer Ordination in Favoriten unzählige Menschen aus anderen Kulturkreisen behandelt. Seit 2012 leitet die Internistin Christine Scholten mit ihrer Kollegin Renate Schnee die preisgekrönte Initiative *Nachbarinnen* in Wien.



Preisgekrönt: Christine Scholten leitet das Projekt „Nachbarinnen“

In fünf Jahren gelang es einem kleinen Team gut ausgebildeter muttersprachlicher Betreuerinnen, 1500 Familien trotz schwieriger Ausgangslage zu integrieren. Die *Nachbarinnen* begleiten „in aufsuchender Sozialarbeit“ zurückgezogene Lebende aus ihrer eigenen Community.

KURIER: Was kann die Politik aus den konkreten Erfahrungen der „Nachbarinnen“ lernen?

Christine Scholten: Dass man Familien, die sich mit der Integration sehr schwer tun, durch individuelle Betreuung entscheidend weiterhelfen kann. Das ist manchmal ein längerer Prozess. Doch wenn wir am Ende etwas weiterbewegen, ist dieser Aufwand absolut gerechtfertigt.

Wie viel kostet so eine individuelle Betreuung?

Rund 1000 Euro.

Ist dieses Geld gut investiert?

Ja, aus einer Studie der Bertelsmann-Stiftung wissen wir, dass eine nicht integrierte Person den Staat 3500 Euro pro Jahr kostet. Wenn eine betreute Familie fünf Mitglieder hat, können Sie sich leicht ausrechnen, wie viel besser das Geld hier arbeitet. Das Non-Profit-Institut der Wirtschaftsuniversität Wien hat unseren Social Return on Investment berechnet. Für einen investierten Euro bekommt Österreich 4,60 Euro retour. So eine Rendite würde sich jeder Investor wünschen.

Was genau ist notwendig, damit Integration gelingen kann?

Es geht immer um eine Haltung, um ein Wollen. Wir sollten uns bewusst sein, dass niemand freiwillig seine Heimat verlässt. Die einen gehen wohl überlegt weg, weil sie für sich keine Perspektiven

mehr sehen, die anderen müssen Hals über Kopf von zu Hause flüchten. Ich glaube, dass wir gute Gründe dafür haben, ihnen zu helfen.

Wie kann das konkret gelingen?

Wenn wir den Familien von Anfang an Achtung entgegenbringen, räumen wir uns selbst auch das Recht ein, Respekt uns gegenüber einzufordern. Unsere Erfahrung als *Nachbarinnen* hat gezeigt: Wenn wir uns für die Familien einsetzen, können wir auch Kritik an ihnen üben. Von unserer Seite wird motiviert, gestärkt, aber auch kritisiert und hinterfragt.

Was würden Sie sich von der Politik wünschen?

Also ich würde mir schon wünschen, dass die Politik mehr Flagge zeigt. Man sollte auch diese vielfältigen Initiativen der Zivilgesellschaft ernst nehmen. Man könnte evaluieren, was dort gut funktioniert und dann die Hilfsangebote von staatlicher Seite mit den privaten Initiativen vernetzen. Man sollte in uns echte Partner sehen, nicht lästige Gutmenschen.

Haben Ihre „Nachbarinnen“ auch mit Menschen zu tun, die sich nicht integrieren wollen?

Das ist bei uns ein verschwindend geringer Prozentsatz. Von den bisher betreuten 1500 Familien waren vielleicht zwei oder drei darunter, mit denen wir nicht weiterarbeiten wollten.

Wie kann man das Thema der Integration den Menschen so näherbringen, damit sie die Maßnahmen auch verstehen?

Das kann man nicht von oben herab verordnen. Das gelingt oft nur durch das persönliche Gespräch. Auch die-

ses Gespräch muss respektvoll geführt werden.

Was sollten wir im Umgang mit Menschen aus anderen Sprach- und Kulturkreisen beachten?

Es ist im Grunde genommen recht einfach: Durch Offenheit, Achtung und Respekt ist ein wechselseitiges Verstehen und Annehmen von Neuem leicht und bereichernd in jeder Hinsicht. Nicht-Integration entsteht erst durch Abgrenzung.

Und was sollten die hier Ankommenen beachten, wenn sie sich in Österreich gut integrieren wollen?

Dasselbe wie wir. Wenn wir unser Wollen zeigen, können wir auch den kulturellen Grundkonsens unserer Gesellschaft vermitteln. Darunter fällt auch die Ablehnung jeder Form von Gewalt.

Haben Ihre „Nachbarinnen“ auch mit Menschen zu tun, die sich nicht integrieren wollen?

Das ist bei uns ein verschwindend geringer Prozentsatz. Von den bisher betreuten 1500 Familien waren vielleicht zwei oder drei darunter, mit denen wir nicht weiterarbeiten wollten.

Wie könnte man auch andere Länder der Europäischen Union in die Pflicht nehmen?

Es braucht eine klare Vorgabe der EU, wie die Flüchtlingsströme zu lenken sind. Und dann braucht es viel Überzeugungsarbeit. So wie bei unseren *Nachbarinnen*. Das ist ein hartes Stück Arbeit. – UWE MAUCH

KURIER CLUB SOMMERGEWINNSPIEL. Bis 25. August wöchentlich attraktive Preise im Gesamtwert von über € 20.000,- gewinnen. Angebote: 6x 2 Tickets für 'LIMPAZI Vagabundos', 3x Severin Standgrill, 36x 2 Tickets für 'Jante & Kaffee' im Cafe Landstramm, 5x Kokol Salat-Set, 1x Kurzurlaub im Sommerort Maltschacher See, Kärnten. Gewinnschance: 1. GEWINN WOCHE 24.6. - 30.6. Mitteilen unter kurierclub.at oder 05 9030-777.

AUS FÜR POLIT-AUSSENSEITER

Team Stronach: Lugar macht alleine weiter

NR-Wahl. Das von Milliardär Stronach verstoßene Team löst sich auf, Klubchef will aber kandidieren

Überrascht hat der Auflösungs-Beschluss nicht mehr wirklich. Schon vor einem Jahr waren die verbliebenen sechs Mandatare des Team Stronach von ihrem Gründervater und Milliardär Frank Stronach verstoßen worden.

Die Partei wird bei der Nationalratswahl im Oktober nicht mehr antreten. Darauf hat man sich am Dienstag in einer Sitzung des erweiterten Präsidiums verständigt. Eine Umbenennung, wie sie zuvor als Option überlegt wurde, ist damit vom Tisch.

Die parlamentarische Arbeit werde „selbstverständlich bis zum Ende dieser Gesetzgebungsperiode fortgeführt“, sagt Klubobmann Ro-



Die Zeit des Team Stronach ist abgelaufen: Klubchef Lugar will weitermachen – wie, verrät er nicht

bert Lugar. Danach werden sich die Abgeordneten wohl in alle Winde zerstreuen. Es stehe ihnen frei, für eine andere Liste zu kandidieren oder eine eigene zu gründen, sagt Lugar. Er selbst werde „auf jeden Fall kandidieren“. In welcher Form, ließ er allerdings offen. Nennschluss für die Kandidatur ist der 10. August. Offiziell löst sich die Partei mit Jahresende auf.

Legendäre TV-Auftritte

Ein Rückblick: Der 84-jährige Steirer Frank Stronach, der in Kanada Milliarden gemacht hatte, tauchte 2012 auf der österreichischen Polit-Bühne

KURIER SERIE K WIE KRITISCHE LESER/INNEN. Die KURIER-Aktion findet mit ihrer Hilfe jene Themen, die Österreich bewegen. Bestimmen Sie, mit welchen fünf Themen sich der KURIER bis zur Nationalratswahl intensiv auseinandersetzen soll. ALLE THEMEN IM ÜBERBLICK: BILDUNG – Die Schule geht kaputt; DIGITALISIERUNG als Chance oder Gefahr? INTEGRATION oder ABSCHOTTUNG? BÜROKRATIE und VERWALTUNGSREFORM; DEMOKRATIE und POLITIK; ALTENBETREUUNG; DIE ZUKUNFT DES SOZIALSTAATS. Welche fünf Themen sind für Österreich wichtig? Abstimmen auf kurier.at/plankurier. kurier.at KURIER